



# POLITIK AKTUELL

Ausgabe 5/2009  
20.05.2009

Informationen aus Berlin, Dresden  
und der Region

## Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe  
Mitsstreiter, sehr geehrte  
Damen und Herren!

60 Jahre Grundgesetz – 60  
Jahre Freiheit und Demo-  
kratie. In diesen Tagen  
jährt sich die Verabschie-  
dung des Grundgesetzes  
zum 60. Mal. Das Grundge-  
setz ist die beste Verfas-  
sung, die Deutschland je  
hatte und das Fundament  
der Bundesrepublik  
Deutschland, des demokra-  
tischsten, freiheitlichsten  
und stabilsten Staates der  
deutschen Geschichte. Auf  
diesem Fundament haben  
wir Deutschland nach dem  
Krieg wiederaufgebaut.  
Wirtschaftswunder, Soziale  
Marktwirtschaft und die  
Aussöhnung mit unseren  
Nachbarländern sind der  
Ausdruck der Werte des  
Grundgesetzes in der Poli-  
tik. Seine größte Bewäh-  
rungsprobe hat das Grund-  
gesetz 1990 bestanden,  
als die Menschen in Ost-  
deutschland sich mit über-  
wältigender Mehrheit für  
den Beitritt der DDR zum  
Wirkungsbereich des  
Grundgesetzes entschie-  
den haben. Seitdem ist das  
Grundgesetz die Verfas-  
sung aller Deutschen.

Das Grundgesetz war auch  
der Garant für die Erfolgs-  
geschichte der Bundesre-

publik. Gerade in schwieri-  
gen Zeiten – wie etwa wäh-  
rend der terroristischen  
Bedrohung durch die RAF –  
hat sich die Ordnung des  
Grundgesetzes bewährt.  
Sie bietet auch die besten  
Voraussetzungen, um die  
Auswirkungen der aktuellen  
Wirtschafts- und Finanz-  
marktkrise zu überstehen  
und gestärkt aus der Krise  
hervorzugehen.

Bundespräsident Horst  
Köhler muss eine zweite  
Amtszeit erhalten! Die  
CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion unterstützt einstim-  
mig die Wiederwahl von  
Bundespräsident Horst  
Köhler. Durch sein hohes  
Engagement und seinen  
Einsatz für den Zusammen-  
halt unserer Gesellschaft  
hat er sich in herausragen-  
der Weise um die Demokra-  
tie und unser Land verdient  
gemacht. Das zeigt auch  
seine Popularität in der  
Bevölkerung: 76 Prozent  
der Bürgerinnen und Bür-  
ger sprechen sich dafür  
aus, dass Horst Köhler  
auch in den kommenden  
fünf Jahren unser Staats-  
oberhaupt bleibt.

Getrieben vom eigenen  
Machtinteresse ignoriert  
die SPD diesen Wunsch der  
Bevölkerung und stellt Ge-  
sine Schwan als eigene  
Kandidatin auf. Damit zeigt  
sie auch ihre wahren Koali-  
tionsabsichten: Ohne die  
Stimmen der Linkspartei  
hat Schwan nicht die ge-  
ringste Chance. Es wirkt  
unglaublich, wenn Stei-  
nmeier und Müntefering nun  
versichern, bei der Wahl  
zum Bundespräsidenten  
die Stimmen der Linken in  
Anspruch zu nehmen, eine  
Zusammenarbeit nach der  
Bundestagswahl aber kate-  
gorisch ausschließen.

Die Wiederwahl Horst Köh-  
lers ist deshalb auch ein  
Zeichen demokratischer  
Verlässlichkeit und Seriosi-  
tät in dieser schwierigen  
Zeit.

Ihr und Euer



### In dieser Ausgabe:

Banken retten Risiko begrenzen	2
Keine Rentenkürzung zum 1. Juli 2010	3
Linke und SPD weiterhin Steigbügelhalter der Relativierung des SED- Unrechts in der DDR	5
Schwarz-Gelb, Schwarz- Grün oder Jamaica- Die Koalitionsoptionen der Union	6
Deutschland und Frank- reich gemeinsam für Europa!	6
Stanislaw Tillich: „Wissen wo’s lang geht.“ Sächsi- sche Union bietet Vertrag für Sachsen an	7
Impressum & Termine	8

Die Kapitalmärkte leiden nach wie vor an den toxischen Papieren in den Bilanzen. Die Einrichtung von Abwicklungsbanken, sogenannter Bad Banks, mit denen Finanzinstitute ihre abschreibungsnotwendigen Papiere auf Zweckgesellschaften übertragen, ist ein möglicher Lösungsansatz, um diese derzeitige Abwärtsspirale bei der Bewertung solcher Papiere zu durchbrechen.

Fest steht dabei für uns, dass die einzelnen Banken nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden dürfen. Es geht darum, die Risiken für den Steuerzahler so gering wie möglich zu halten. Diejenigen, die unverantwortlich gewirtschaftet haben bei den Banken, sollen auch die Folgen ihres Handelns spüren. Ziel-

führend kann es deshalb nur sein, dass die Institute eigene Gesellschaften gründen, auf die solche Papiere übertragen werden, die derzeit am Markt nicht oder nur eingeschränkt handelbar sind. Als Gegenleistung für die Bilanzbereinigung durch Einlagerung von Schrottpapieren müssen die Banken Gebühren zahlen. Zudem ist ein Ausschüttungsverbot geplant, wenn diese Papiere am Ende weit weniger wert sind als veranschlagt.

Zur Entlastung der Bankbilanzen von Ramschpapieren werden zwei Modelle diskutiert: Das Zweckgesellschafts- und das Anstaltsmodell. Am nächsten Mittwoch soll zunächst das «Zweckgesellschaftsmodell» im Bundeskabinett beschlossen werden. Mit die-

ser Zweckgesellschaft werden die Risikopapiere aus der Bank ausgelagert. Das sind zumeist die hochkomplexen, kaum durchschaubaren Finanzprodukte, die Auslöser der Krise waren. Diese Papiere sollen zum Buchwert auf die Zweckgesellschaft übertragen werden. Die Zweckgesellschaft überträgt im Gegenzug durch den SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) garantierte Schuldtitel zurück an die Bank. Die Bank tauscht somit ein schlechtes Papier

gegen einen sicheren Titel ein, den sie bei der EZB einreichen und so frisches Geld erhalten kann. Externe Experten ermitteln den realistischen Verkehrswert der toxischen Papiere. Die Differenz zwischen diesem Fundamentalwert und dem

Buchwert muss die Bank nach dem Konzept als jährlichen Ausgleichsbetrag an den SoFFin zahlen.

Sollte der Verkaufswert am Ende nach der Schlussabrechnung noch unter dem Fundamentalwert liegen, müssen die Alteigentümer der Bank einspringen. Damit kann ein Verlust der Steuerzahler weitgehend ausgeschlossen werden. Das «Anstaltsmodell» zielt auf die Konsolidierung der Landesbanken ab. Es ist jedoch sehr komplex und erfordert mehrere Gesetzesänderungen und die Zustimmung der Länder. Das Anlegervertrauen und das Vertrauen zwischen den Banken werden durch solche Maßnahmen wieder gesteigert und der Steuerzahler möglichst gering belastet.

## Keine No-Go-Areas für Demokraten

Traurige Bilanz nach den jüngsten Mai-Krawallen in Berlin: 479 verletzte Polizeibeamte. Anlass genug für die CDU/CSU-Fraktion, die Vorkommnisse in Berlin in einer Aktuellen Stunde des Bundestages unter dem Titel „Gemeinsam gegen Gewalt - Ächtung der Ausschreitungen und schweren Gewaltstraftaten am 1. Mai“ zu debattieren.

„Jedermann hat das Recht, sich friedlich zu versammeln, aber für die Berliner Chaoten haben wir Handschellen und Haftanstalten“, gab der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Dr. Hans-Peter Uhl, die richtige Strategie im Umgang mit Gewalttätern vor. Er übte scharfe Kritik am Berliner Innensenator, der mit seiner Deeskalationsstrategie gescheitert sei.

Daher wundere es auch nicht, dass die Unterstützerkräfte aus anderen Bundesländern das Verhalten der Berliner nicht nachvollziehen könnten.

„Wir wurden verheizt“, kritisierten Polizisten die Strategie der Berliner Einsatzleitung in der Berliner Morgenpost: „Die Nacht des 1. Mai in Kreuzberg gehört mit zu den schlimmsten Einsätzen unserer Laufbahn. Es gab keine Strategie, eine schlechte Kommunikation und viele Verletzte.“ Auch die Polizeigewerkschaft lässt kein gutes Haar am Berliner Senat.

Eberhard Schönberg, Berlin-Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Jetzt hat sich auf Kosten der Gesundheit meiner Kollegen gerächt,

dass über Monate die Zunahme der Gewaltbereitschaft im linksradikalen Spektrum nicht ernst genommen wurde.“ Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, sieht bei der Linkspartei eine Mitverantwortung für die Krawalle.

Ein Bezirksverordnetenmitglied der Linken hatte die Demonstration angemeldet, aus der sich die Gewalttaten entwickelt hatten. Die Linkspartei könne diese Unterstützung nicht als Privatsache abtun, sagte Koschyk. Dr. Kristina Köhler, Mitglied im Innenausschuss, warnte vor „No-Go-Areas für Demokraten“.

Vom örtlichen Bezirksamt wurde der CDU untersagt, einen Informationsstand

auf dem Kreuzberger Maifest aufzubauen, da für die Sicherheit der CDU-Mitglieder nicht garantiert werden könne. Anders dagegen die kommunistische Plattform der Linkspartei: Diese Gruppierung war auf dem Fest mit einem Stand vertreten.

Der Innensenator müsse sich fragen lassen, ob er die Sicherheit in unserer Hauptstadt noch garantieren könne, sagte Clemens Binninger. Der Berliner Landesgruppenvorsitzende, Kai Wegner, bemängelte, dass sich Innensenator Körting (SPD) nicht in der Debatte äußerte.

## Keine Rentenkürzung zum 1. Juli 2010

Im kommenden Jahr wird es keine Rentenkürzung geben. Dieses Versprechen ist Gegenstand der vom Bundeskabinett beschlossenen Rentengarantie. Wir begrüßen ausdrücklich diese Entscheidung. Seit Einführung der dynamischen gesetzlichen Rente im Jahr 1957 sind die Renten noch nie gekürzt worden. Dabei bleibt es auch in Zukunft und darauf können sich die Rentnerinnen und Rentner verlassen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Rentengarantie noch vor der Sommerpause parlamentarisch verabschiedet wird. Wenn wir die aktuelle Krise schnell überwinden wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass in unserem Land wieder verstärkt investiert, produziert und konsumiert wird. Wer - ob begründet oder nicht - in naher Zukunft Einkommenseinbußen befürchtet, wird seinen Konsum auf das Allernotwendigste reduzieren. Dazu besteht aber kein Anlass. Die Menschen haben sich in dieser Krise bisher sehr vernünftig verhalten. Mit der vom Kabinett beschlossenen Rentengarantie schaffen wir bei den Rent-

nerinnen und Rentnern das Vertrauen, das notwendig ist, damit sie sich auch in Zukunft weiter so besonnen wie bisher verhalten können. Konkret wird mit der Rentengarantie die im Rentenrecht bereits bestehende sogenannte Schutzklausel erweitert. Die neue Schutzklausel schließt dauerhaft nominale Rentenkürzungen aus, wenn die Löhne und Gehälter der Beitragszahler sinken. Mit diesem Schritt wollen wir verhindern, dass die 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner völlig unnötig verunsichert werden.

In der letzten Woche hatten Prognosen der Forschungsinstitute für große Unruhe gesorgt. Die Institute gingen davon aus, dass die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im Jahr 2009 um 2,3 Prozent sinken würden. Sie hatten diese Einschätzung mit der Zunahme der Kurzarbeit begründet. Kurzarbeiter zählten weiter als Beschäftigte, auch wenn sie ein gekürztes Arbeitsentgelt erhalten. Dies führe statistisch zu einem Sinken des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens.

Eine sinkende Lohnentwicklung im laufenden Jahr

hätte im kommenden Jahr unweigerlich sinkende Renten zur Folge. Allerdings teilt die Bundesregierung nicht die Annahmen der Forschungsinstitute. Der von den Instituten angenommene statistische Effekt der Kurzarbeit sei völlig überzogen. Die Regierung geht für das Jahr 2009 vielmehr von einem Anstieg der Löhne um ein Prozent aus. Das hat Bundesminister zu Guttenberg in der vergangenen Woche bei Vorstellung der neuen Konjunkturprognose der Bundesregierung deutlich gemacht.

Damit wäre bereits nach geltendem Recht gewährleistet, dass es im kommenden Jahr keine Rentenkürzung geben kann. Vor diesem Hintergrund erwarten wir auch nicht, dass die neue Schutzklausel zur Anwendung kommt. Sie ist eine reine Vorsichtsmaßnahme. Wir stellen gesetzlich klar, was ohnehin klar ist: Mehr Kurzarbeit im Jahr 2009 wird nicht zu weniger Rente im Jahr 2010 führen. Die aktuelle Krise wird im kommenden Jahr keine sinkenden Renten verursachen. Das bedeutet zugleich: Die Union hält an der Lohn- und Beitragsbezogenheit der gesetzlichen

Rente fest. Zwar schließen wir mit der Rentengarantie nominale Rentenkürzungen aus, wenn die Löhne und Gehälter der Beitragszahler sinken; allerdings werden unterbliebene Rentenkürzungen in späteren Jahren mit positiven Rentenanpassungen wieder verrechnet. Damit bleibt es dabei, dass die Rente der Lohnentwicklung folgt. Dieses Grundprinzip der gesetzlichen Rente werfen wir nicht über Bord.

Die Union steht für gesunde Rentenfinanzen, einen stabilen Rentenbeitrag und für eine gerechte Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner am Wohlstand. Am 1. Juli 2009 werden die Renten um 2,41 Prozent in den alten Ländern und um 3,38 Prozent in den neuen Ländern angehoben. So stark sind die Renten im Westen seit 1994 und im Osten seit 1997 nicht mehr gestiegen.

Dieser Erfolg wäre ohne die in den letzten Jahren unter der Regierung Merkel eingeleitete Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung nicht möglich gewesen.

## Wachstumskräfte mobilisieren

In der letzten Woche gab es die neueste Steuerschätzung. Sie verdeutlicht das ganze Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise und zeigt die Belastungen für den Bundeshaushalt. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat bis 2013 Ausfälle in Höhe von 316 Milliarden Euro prognostiziert.

Jetzt gilt es, alle Wachstumskräfte zu mobilisieren, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Wir sind zuversichtlich, so in den

nächsten Jahren wieder Wachstum schaffen zu können.

Einen Teil der Steuermehreinnahmen werden wir dann einsetzen, um das Defizit zu verringern, einen Teil, um Forschung und Innovation zu fördern und einen dritten Teil, um die sogenannte kalte Progression zu korrigieren und so Leistungsträger und den Mittelstand zu motivieren.



Am 23. Mai 1949 trat unser Grundgesetz in Kraft. Dieses Jubiläum nahmen wir zum Anlass, um im Plenum auf **60 Jahre Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland** zurückzublicken und die Bedeutung unserer Verfassung für unser Leben in Demokratie, Freiheit und Einheit zu würdigen.

Mit der **Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel** kam die Bundesregierung in dieser Woche ihrer Ankündigung aus dem Nationalen Klimaschutzprogramm 2005 nach, ein umfassendes nationales Konzept zur Anpassung vorzulegen. Die Strategie legt den Grundstein für einen mittelfristigen Prozess, in dem schrittweise mit den Bundesländern und anderen gesellschaftlichen Gruppen die Risiken des Klimawandels erkannt, der mögliche Handlungsbedarf benannt, die entsprechenden Ziele definiert sowie mögliche Anpassungsmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden sollen.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung debattierte **Gesetz zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts** werden durch geringfügige Anpassungen des geltenden Rechts Gerechtigkeitsdefizite bei der Berechnung des Zugewinnausgleichs behoben und der Schutz des ausgleichsberechtigten Ehegatten vor unredlichen Vermögensverschiebungen des anderen Ehegatten verbessert.

Das in zweiter und dritter Lesung dabattierten **Gesetz zur Änderung des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes und anderer Gesetze** ist ein wichtiger Baustein der Finanzmarktarchitektur zur Stärkung des Vertrauens in das deutsche Kredit- und Wertpapierwesen. In Umsetzung der Änderung der EU-Einlagensicherungsrichtlinie vom Dezember 2008 wird eine Mindestdeckung für Einlagen bereits ab dem 30. Juni 2009 auf 50.000 Euro festgelegt. Ab dem 31. Dezember 2010 ist eine weitere Anhebung auf 100.000 Euro und eine Verkürzung der

Auszahlungsfrist auf höchstens 30 Arbeitstage vorgesehen. Die bisherige Verlustbeteiligung des Einlegers in Höhe von 10 Prozent wird abgeschafft. Der Gesetzentwurf enthält zudem von der Bundesregierung entwickelte verbesserte Regelungen zur Früherkennung von Risiken und der Schadensprävention durch die Entschädigungseinrichtung.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung gebrachten **Achten Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes** wird das besondere Verfahren, nach dem Spätaussiedlerbewerber und ihre einbezogenen Familienangehörigen gemäß den Vorschriften des Bundesvertriebenengesetzes in Deutschland Aufnahme finden, beschleunigt. Hierzu wird die Antwortfrist für die Sicherheitsbehörden bei der Überprüfung von Ausschlussgründen verkürzt. Eine Regelung zur Rücknahme von Spätaussiedler- und Angehörigenbescheinigungen wird eingefügt.

In zweiter und dritter Lesung haben wir das **Erste Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk** verabschiedet. Die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit des Technischen Hilfswerkes werden dort ergänzt, wo es für die Sicherstellung eines effektiveren Schutzes der Bevölkerung erforderlich ist. So findet etwa eine Regelung zur Frage, welche Befugnisse die Helferinnen und Helfer im Einsatz haben, Eingang, an der es bisher fehlte. Aufgenommen wird auch eine Kostenregelung, die es dem THW ermöglicht, selbst die Einsatzkosten geltend zu machen.

Bei dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung gebrachten **Schlusszahlungsfinanzierungsgesetz** handelt es sich um ein haushaltstechnisches Gesetz zur Glättung der Veranschlagung von Schlusszahlungen aus inflationsindexierten Bundesanleihen mit Hilfe eines Sondervermögens.

## Zahlen, Fakten, Wissenswertes

**Bevölkerung vertraut der Bundesregierung – Zuspruch für Schwarz-Gelb:** Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung hat zugenommen. Im letzten Monat stieg der Wert um vier Prozentpunkte auf 40 Prozent. 44 Prozent der Bundesbürger wünschen sich auch für die nächste Legislaturperiode eine Regierung unter Führung der Union, nur 33 Prozent wollen die SPD mit der Führung der Regierungsgeschäfte beauftragen.

Als beste politische Konstellation gilt den Bürgerinnen und Bürgern eine Koalition aus Union und FDP.

46 Prozent geben an, einen solche Koalition sei gut für Deutschland. Von einer „Ampel“-Koalition glauben das nur 28 Prozent, ein rot-rot-grünes Bündnis bezeichnen nur 17 Prozent als wünschenswert.

**Deutschland führend in der Hochtechnologie:** Kein anderes Industrieland ist in so vielen forschungs- und wissensintensiven Branchen führend wie Deutschland. In keinem anderen Industrieland ist der Anteil der Wertschöpfung, der auf die Produktion forschungsintensiver Güter und wissensintensiver Dienstleistungen entfällt, höher als bei uns. Anders als viele andere Länder ist Deutschland

nicht nur auf wenige Technologiebereiche spezialisiert, sondern besitzt eine besonders breitgefächerte Basis an forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftsbereichen. Experten sehen deshalb bei Wiederanspringen der Konjunktur gute Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Chance, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Unternehmen weiterhin in Forschung und Entwicklung investieren.

**Mädchen meiden Technikberufe:** Die Wahl der Ausbildung ist weiterhin stark von geschlechtsspezifischen Unterschieden geprägt: Im vergangenen Jahr hat sich

die große Mehrheit der neuen weiblichen Auszubildenden erneut gegen einen technischen, naturwissenschaftlichen oder informatischen Studiengang entschieden. So waren lediglich 2,7 Prozent der Auszubildenden in den Metallberufen Frauen. In den Elektroberufen lag der Anteil mit 4,2 Prozent kaum höher. Unter den zehn bei Mädchen beliebtesten Ausbildungsgängen – für die sich 54 Prozent aller weiblichen Auszubildenden entschieden – findet sich kein einziger technischer Beruf. Bei den männlichen Bewerbern dagegen befinden sich sechs technische Berufe unter den Top-10.

## Linke und SPD weiterhin Steigbügelhalter der Relativierung des SED-Unrechts in der DDR



**Stanislaw Tillich**  
Ministerpräsident

Nach vier Jahren Koalition und wenige Monate vor der Landtagswahl am 30. August, scheint die sächsische SPD noch immer nicht begriffen zu haben, dass sie sich in Regierungsverantwortung befindet. Insbesondere SPD-Mann Karl Nolle, seines Zeichens selbsternannter Saubermann, scheint ein besonderes Vergnügen daran zu haben, den Verantwortungsträgern der CDU das Leben schwer zu machen. Pünktlich 20 Jahre nach dem Mauerfall stimmt er in das Konzert „der Linken“ ein, dass das eindeutige Ziel verfolgt, die Verantwortung für das Unrecht und die Verbrechen in der DDR, auf die Schultern einfacher Bürger und Berufstätiger abzuwälzen.

Der neueste Coup der Geschichtsschreiber aus Linke und SPD ist es, dem sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich zu unterstellen, er hätte in einem Fragebogen, den er 1999 anlässlich seines Eintritts in die sächsische Staatsregierung auszufüllen hatte, bewusst und wissentlich falsche Angaben gemacht. Wer diese Anwürfe verfolgt und sich die Fakten ansieht, wird schnell feststellen, dass die Anschuldigungen einzig das Ziel haben, die Verantwortung derer zu verschleiern, die heute unter neuem Namen, aber mit demselben Personal in den Länderparlamenten und dem deutschen Bundestag Platz genommen haben. Diese Tendenz ist gefährlich und darf unter keinen Umständen unterschätzt werden. Wer anfängt jene, die u. U. Mitglied der DDR-CDU waren und auf der unteren oder mittleren Verwaltungsebene ihre Arbeit in der DDR gemacht haben, mit den Menschen gleichzusetzen, die im Namen von Marx und Lenin unschuldige Bürger bespitzelt, inhaftiert und systematisch terrorisiert haben, macht sich vor der Geschichte

schuldig und verhöhnt die Opfer. Umso trauriger ist es, dass neben der Linken und der SPD auch großes deutsches Nachrichtenmagazine in dieses Verhaltensmuster verfällt.

Es darf nicht zugelassen werden, dass 20 Jahre nach dem Mauerfall die Menschen die Meinungsführerschaft übernehmen, die dieses Land über 40 Jahre zu Grunde gerichtet haben. Es darf nicht passieren, dass die Täter damit beginnen, die Geschichte ihrer Opfer zu schreiben. Das diese Versuche jedoch von einigen Medien sekundiert werden, ist umso mehr bedenklich. Gerade 20 Jahre nach der friedlichen Revolution und 19 Jahre nach der Wiedervereinigung darf die sächsische Union keinerlei Zweifel aufkommen lassen, dass wir die Menschen vertreten, die sich vor 20 Jahren aufgemacht haben, um dieses Land aufzubauen und aus Sachsen das zu machen, was es heute ist. Wir erkennen die Leistung und den Mut der Menschen an, die vor 20 Jahren auf die Straße gegangen sind, um eine Mauer zu überwin-

den, die unser Vaterland 40 Jahre geteilt hat. Gleichzeitig muss klar sein, dass die Linke für jene Kräfte steht, die auch nach 20 Jahren nicht verstanden haben, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, der darüberhinaus im Jahre 1989 wirtschaftlich, gesellschaftlich und moralisch bankrott war. Sie war ein Staat, der schlicht von seinen Bürgern abgeschafft wurde.

Für diese großartige historische Leistung hat nicht zuletzt Stanislaw Tillich in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Er hat viel dazu beigetragen, dass Sachsen sich an der Spitze der neuen Länder befindet und großartige Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bietet. Im Geiste dessen sollten wir in den Wahlkampf gehen und eindeutig zu verstehen geben, dass diese Verschleierungsversuche der Ewiggestrigen die sächsische Union nicht daran hindern werden, in den nächsten Wochen für eine klare Mehrheit und einen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich zu werben.

## Schwarz-Gelb, Schwarz-Grün oder Jamaica- Die Koalitionsoptionen der Union

Lange Zeit war die Welt in Ordnung. Die Parteien und der Bürger hatten Planungssicherheit, welche Parteienkonstellation sie mit ihrer Stimme unterstützen.

In den 50er Jahren war eine Stimme für die FDP, eine Stimme für eine CDU-FDP Regierungskoalition. In den 70er Jahren galt selbiges zwar nicht mehr, dennoch wusste der gewogene FDP-Wähler, dass er mit seiner Stimme eine sozialliberale Koalition stützen würde. Wer damals den Wechsel wollte, wählte CDU, die in dieser Zeit mehrmals knapp

an der absoluten Mehrheit scheiterte. Die 80er und 90er Jahre waren wiederum von klassischen bürgerlichen Koalitionen geprägt. 1998 gab es eine neue Koalition, die erste rot-grüne Bundesregierung feierte Premiere und wurde vier Jahre später im Amt bestätigt.

Die seit 2005 amtierende große Koalition lässt sich wohl treffend als „parlamentarische Notlösung“ bezeichnen, die keiner wirklich wollte, die jedoch aufgrund realistischer Alternativen unabdingbar

war. Die Regel sollte und wird es wohl nie werden.

Spätestens seit der Bundestagswahl 2005 wird jedoch zunehmend und ausdauernd über mögliche Konstellationen nachgedacht, die die klassischen „Lagergrenzen“ nicht mehr berücksichtigen und dem Umstand Rechnung tragen, dass es für die klassischen Konstellationen zusehends schwieriger wird, die parlamentarische Mehrheit auf sich zu vereinen.

Auch die Zeit von Alleinre-

gerungen in den Bundesländern scheint spätestens seit dem Einbrechen der CSU bei der Landtagswahl 2008 vorbei. Seit Anfang 2008 hat eine dieser neuen Konstellationen den Sprung in die reale Politik geschafft, denn seit Beginn dieses Jahres regiert eine schwarz-grüne Koalition die Hansestadt Hamburg.

Ob dieses Beispiel Schule machen wird oder gar den Sprung auf die Bundesebene schaffen wird, bleibt abzuwarten. Zu diskutieren wird jedoch sein, ob die >>

>> Fortsetzung von S. 5

Union sich mit solchen Bündnissen einen Gefallen tut, oder damit langfristig zur Verwässerung ihres Profils und zur weiteren Erosion ihrer Wählerschaft beiträgt.

Grundsätzlich stellt sich natürlich die Frage, ob Regierungskoalitionen gebildet werden, um zu gestalten und Dinge für unser Land zu bewegen oder um

der Regierung willen. Natürlich ist es richtig, dass demokratische Parteien grundsätzlich immer zusammenarbeiten können müssen, die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner sollte jedoch nicht die Regel sein. Insofern sollte man Bündnisse wie Schwarz-Grün, Schwarz-Grün-Gelb oder Schwarz-Rot auch nicht im Vorfeld von Wahlen herbeireden.

Der natürliche Partner der Union ist die FDP und für eine solche Konstellation arbeiten wir. Der Wähler

soll wissen, dass er der Union seine Stimme für eine bürgerliche Regierung gibt. Gerade in Zeiten der Krise ist es wichtig den Bürgern ein kalkulierbares und seriöses Angebot zu machen. Das hat die Bundeskanzlerin auf Bundesebene getan und damit einen klaren Kurs für die Bundestagswahl eingeschlagen: Wir kämpfen für eine bürgerliche Regierung mit einer soliden und bürgernahen Politik, die unser Land gestärkt aus der Krise führen wird und den Grundstein für Aufschwung und Prosperität legen wird.



**Ole von Beust führt die erste Schwarz-Grüne Koalition**

## Deutschland und Frankreich gemeinsam für Europa!

Das deutsch-französische Freundschaftstreffen mit JUMP-Chef Benjamin Lancar, JU-Chef Philipp Mißfelder, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy und CDU-Spitzenkandidat Hans-Gert Pöttering.

Nach Beendigung des deutsch-französischen Freundschaftstreffens mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy, das am Sonntag, den 10. Mai 2009, in Berlin stattfand, erklärt der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder MdB: „Das deutsch-französische Freundschaftstreffen in Berlin hat gezeigt, dass Deutschland und Frankreich der gemeinsame Motor Europas sind. Unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy bezeichneten vor über 2.000 Mitgliedern der Jungen Union und zahlreichen weiteren Gästen im Sony Center am Potsdamer Platz die enge Freundschaft beider Länder als Grundlage des Friedens und der Freiheit in Europa. Dank dieser vertrauensvollen Partnerschaft steht die Europäische Union als politische

Wertegemeinschaft vor einer guten Zukunft. Nicolas Sarkozy und Angela Merkel betonten in ihren Ansprachen, dass das Erfolgsprojekt des zusam-



**v.l. Benjamin Lancar, Philipp Mißfelder, Nicolas Sarkozy, Dr. Angela Merkel, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**

menwachsenden Europas in den kommenden Jahren durch die richtigen politischen Entscheidungen weiterentwickelt werden muss. Aus Sicht der Jungen Union ist es daher notwendig, dass der Vertrag von Lissabon von allen Ländern schnell ratifiziert wird und in Kraft tritt, um die Handlungsfähigkeit Europas zu erhöhen. Es ist wichtig, ein starkes und einig auftretendes Europas zu schaffen, um die wirtschaftlichen, aber auch sicherheitspolitischen Herausforderungen zu meistern. Wir brauchen ein freies Europa, das den Wohlstand und die Sicherheit seiner Bürger sichert.

Wir unterstützen die gemeinsame Position Angela Merkels und Nicolas Sarkozys, die sich in ihren Reden klar gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aussprachen. Für ein Land wie die Türkei ist die privilegierte Partnerschaft die richtige Form der Zusammenarbeit. Eine Aufnahme der Türkei würde die Kräfte der Europäischen Union, die nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist, überdehnen. Im Europawahlkampf werden wir uns als Junge Union Deutschlands gegen den Beitritt der Türkei stark machen.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni geht es darum, ein deutliches Signal für eine weiterhin erfolgreiche EU zu senden. Mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten wird die Junge Union auch künftig Verantwortung für die Zukunft Europas übernehmen.“ Für Sachsen wird es darum gehen, seine starke Stellung innerhalb der neuen Länder zu behaupten und seine Stellung als Region Europas weiter auszubauen. Sachsen pflegt zu vielen Ländern und Regionen Europas glänzende wirtschaftliche Beziehungen und muss

deshalb ein starkes Interesse an einer weiteren Vertiefung der innereuropäischen Kooperation. Insofern ist dieser gemeinsame Wahlauftritt auch für die Kandidaten und Unterstützer der sächsischen Union von immenser Bedeutung. In den



**Dr. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy wurde durch die 2000 anwesenden Gäste ein triumphaler Empfang bereitet**

nächsten Wochen bis zur Wahl wollen wir gemeinsam dafür arbeiten, dass wir unseren Ansprüchen und Zielen gerecht werden. Zwei Abgeordnete aus Sachsen vertreten uns bisher in Europa. Dieses Ergebnis mindestens zu bestätigen, muss unser Anspruch sein. Mit Hermann Winkler führt uns ein erfahrener Politiker und Wahlkämpfer in die Europawahl, so dass einem guten Ergebnis für Sachsen und für die Union nichts im Wege steht.

## Stanislaw Tillich: „Wissen wo´s lang geht.“ Sächsische Union bietet Vertrag für Sachsen an

DRESDEN AKTUELL  
DIE CDU IN SACHSEN

Die Sächsische Union hat auf ihrem Landesparteitag in Leipzig an diesem Samstag ihr Regierungsprogramm 2009-2014 "Vertrag für Sachsen. Wissen, wo's lang geht." verabschiedet. Das Vertragsangebot wurde feierlich vom Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Stanislaw Tillich, dem Fraktionsvorsitzenden Steffen Flath und Generalsekretär Michael Kretschmer unterzeichnet. Stanislaw Tillich betonte in seiner Rede, dass die soziale Marktwirtschaft der richtige Rahmen sei, um die Globalisierung unternehmens- aber auch menschenfreundlich zu gestalten und die Krise zu bewältigen. "Unsere Aufgabe als Regierungspartei ist es, das Land sicher durch die Krise zu führen, das Land gut für den Tag eins nach der Krise aufzustellen. Unsere Aufgabe als Regierungspartei ist es, Sachsen in ein

erfolgreiches neues Jahrzehnt zu führen. Ich möchte, dass wir unsere Heimat zu einer der innovativsten, wirtschaftlich stärksten und kulturell reizvollsten Regionen Europas machen," so Tillich.

Das Regierungsprogramm enthält viele neue Ideen für Sachsen und zeigt, wie es mit Sachsen weiter geht. Es ist ein konkretes Angebot an alle Sachsen. Ziel ist es, dass der Freistaat bis zum Ende des Solidarpaktes II im Jahr 2019 auf eigenen Beinen steht und unabhängig ist von den Zahlungen anderer. Es geht um die Frage, wie wir die aktuellen Herausforderungen meistern und Unternehmen wie Arbeitnehmern helfen, gut durch die wirtschaftlich angespannten Zeiten zu kommen. Wir haben ein Mittelstandsstabilisierungsprogramm aufgelegt. Die schnelle Umsetzung des

Konjunkturprogramms und die drei Milliarden Euro Landesinvestitionen bedeuten Aufträge für die heimischen Unternehmen. Mit dem Kommunalkombi helfen wir den Menschen vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen.

Die erfolgreiche Bildungspolitik wird fortgesetzt: Sowohl im frühkindlichen Bereich mit dem kostenlosen Vorschuljahr und der Umsetzung des Bildungsplans, durch die Stärkung der Mittelschule als Schmiede der Praxiselite und Ausbildungsort für unseren Fachkräftenachwuchs als auch im Hochschulbereich, wo die Sächsische Union für ein beitragsfreies Studium bis zum Master steht.

Die Sächsische Union steht für den Ausgleich zwischen den Generationen. Es bleibt dabei: Sachsen wird keine Schulden zu Lasten nach-

folgender Generationen aufnehmen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen und eine Gefährdung des Sozialstaates. So eine Politik wird es mit der CDU nicht geben. Ein solider Haushalt ist für uns ein Wert an sich und bleibt auch künftig Markenzeichen unserer Politik.

Die Sächsische Union wird die wichtigen inhaltlichen Punkte aus dem Regierungsprogramm den Bürgern auf einem neuen, modernen Weg der Kommunikation näher bringen. Auf einer "Wahlstraße" können sich unter [www.cdu-sachsen.de](http://www.cdu-sachsen.de) alle interessierten Sachsen online auf eine virtuelle Tour durch die Zukunftsthemen für den Freistaat begeben. Wir wollen mit so vielen Menschen wie möglich unsere Politik für Sachsen diskutieren und freuen uns über viele Besucher auf unserer Internetseite."

## Aus dem Leben eines Praktikanten Ein Praktikumsbericht von Alexander Dierks

ZWICKAU AKTUELL  
DIE CDU vor Ort

Mein Name ist Alexander Dierks, ich bin 21 Jahre und studiere im sechsten Semester Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Neben dem Studium engagiere ich mich ehrenamtlich in der Jungen Union, dem RCDS und der CDU. Darüber hinaus bin ich in einem gemeinnützigen Förderverein tätig, der in Kooperation mit der Heilsarmee kostenlose Mittagessen für Schulkinder organisiert. Seit 2008 bin ich Stipendiat der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Da mir Politik offensichtlich Spaß macht, habe ich mich sehr gefreut, als ich im Januar das Angebot erhalten habe, die Arbeit des Wahlkreisbüros von Dr. Luther bis zur Bundestagswahl im

September zu unterstützen. Nach Gesprächen mit Dr. Luther und seinem Mitarbeiter Carsten Körber wurde ich in meiner Entscheidung bestärkt, und ich habe mich sehr über die Zusage gefreut.

Nun arbeite ich seit Mitte April im Wahlkreisbüro, nachdem ich mich schon seit März um die Ausgestaltung der Homepage gekümmert habe. Es erschließt sich mir nun langsam, Stück für Stück und Tag um Tag, welche Herausforderungen die Wahlkreisarbeit mit sich bringt.

Viele Termine sind zu koordinieren, Wahlkampf vorbereitungen müssen getroffen werden, Pressearbeit ist zu leisten und eine große Zahl

von Bürgeranfragen muss beantwortet werden. Hinzu kommt natürlich die Abstimmungsarbeit zwischen Berliner Büro, Wahlkreisbüro und Herrn Dr. Luther. Langeweile kommt also sehr selten auf.

Um nach sechs Wochen ein kurzes Zwischenfazit zu ziehen: Die Arbeit im Büro macht sehr viel Spaß und ich fühle mich wirklich als vollwertiges Mitglied in den Bürobetrieb aufgenommen. Nichtsdestotrotz geht die Arbeit, je näher der Bundestagswahlkampf rückt, erst richtig los. Ich habe bereits sehr viele Dinge gelernt, die ich für meine weitere politische Arbeit gut nutzen kann. Sowohl im menschlichen als auch im fachlichen Bereich empfin-



Alexander Dierks

de ich das Praktikum als sehr bereichernd und kann es nur jedem politisch aktiven jungen Menschen wärmstens empfehlen, sich über einen längeren Zeitraum in die Arbeit politischer Mandatsträger zu integrieren.

## CDU KV Zwickau

Kreisgeschäftsstelle  
Hauptstraße 28/30  
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710  
Fax: 0375-294567  
E-Mail: info@cdu-zwickau.de



Zeichnung: Stuttmann

## Termine Mai - Juni 2009

<b>23. Mai 2009</b>	13. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten, Reichstag, Berlin	<b>02.06.09</b>	Sächsischer Wirtschaftstag 2009 Ort: Internationales Kongresscenter Dresden Zeit: 16.00 Uhr
<b>26.05.09</b>	Ministerpräsident Stanislaw Tillich zu Besuch in Zwickau auf dem Hauptmarkt Ort: Hauptmarkt Zwickau Zeit: 14.30 Uhr	<b>07.06.09</b>	Kommunal- und Europawahl Zeit: 8.00 bis 18.00 Uhr
<b>02.06.09</b>	nächste Bürgersprechstunde von Dr. Michael Luther im Wahlkreisbüro, Hauptstr. 28 in Zwickau; Zeit: 15.00 bis 17.00 Uhr	<b>14.06.09</b>	Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zu Besuch beim Hoffest der Mülsener Marktfucht und Milchgut GmbH; Ort: Neuer Weg 5, Mülsen, OT Niedermülsen, Zeit: 13.00 Uhr

## Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28  
08056 Zwickau  
Tel.: (0375) 29 17 79  
Fax: (0375) 29 45 67  
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 – 7 70 92  
Fax: (030) 227 – 7 61 16  
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

## CDU im Netz

[www.michael-luther.de](http://www.michael-luther.de)

[www.cdu-zwickau.de](http://www.cdu-zwickau.de)